

Weg vom Öl

Ein Strategientwurf von Hermann Scheer

Auf der Klausurtagung des SPD-Parteivorstandes am 28. August war die Diskussion um eine Strategie „Weg vom Öl“ ein Schwerpunktthema. Diese Diskussion wurde durch einen Vortrag von Hermann Scheer, Mitglied des SPD-Vorstands und Präsident von EUROSOLAR, eingeleitet. Im Folgenden veröffentlichen wir die diesem Vortrag zugrunde liegenden Grundlinien.

1. Ausgangspunkt

a) Grenzen der stofflichen Verfügbarkeit von Erdöl und Erdgas

- Die Vorkommen für flüssiges Erdöl (derzeit 40 % des Weltenergieverbrauchs) sind – bei gleich bleibendem Energieverbrauch – in etwa vier Jahrzehnten erschöpft. Die derzeitige Jahresförderung beträgt etwa 3,6 Mrd. Tonnen, die geschätzten Reserven liegen bei etwa 180 Mrd. Tonnen. Tatsache ist jedoch, dass der Verbrauch wächst (Hauptgründe: Motorisierung Chinas, wachsender Flugverkehr, intensivierete Welthandelsströme).
- Auch die Erdgasvorkommen reichen kaum länger. Hinzu kommt die geringere Flexibilität der Bereitstellung wegen der Leitungsgebundenheit.
- Die so genannten nichtkonventionellen fossilen Ölvorkommen (in Ölsänden oder Ölschiefer) haben die 10 – 15fachen Förderkosten.

b) Grenzen politischer Verfügbarkeit

Zur natürlichen Verfügbarkeitsgrenze kommen die politischen Risiken, da die meisten Erdöl- und Erdgasvorkommen in politisch fragilen Ländern liegen (60 % der Erdölreserven liegen in den Ländern um den Persischen Golf). Dies erhöht die politischen Verfügbarkeitsrisiken.

Deutschland importierte im ersten Halbjahr 54 Mio t Rohöl. Die wichtigsten Lieferländer waren Russland (33,5%), Norwegen (22,5%), Libyen (11,1%), Großbritannien (11,1%), Kasachstan (6,7%), Saudi-Arabien (3,6%), Syrien (3,5%), Algerien (1,9%). Die Abhängigkeit vom arabischen Öl ist also relativ niedrig. Die Abhängigkeitsprobleme nehmen aber demnächst dramatisch zu, weil 34,9% des in Deutschland verbrauchten Öls aus der Nordsee kommt – einer in etwa einem Jahrhundert erschöpften Quelle. Wachsender Öl- und Gaseinfuhren aus Russland und anderen GUS-Staaten steht die schnell wachsende Nachfrage Chinas und Indiens nach diesen Reserven entgegen. Dies wird sich in steigenden Preisen niederschlagen.

c) Ökologische Grenzen

Die ökologischen Risiken nehmen aufgrund der sich anhäufenden Gesamtmengen an Emissionen in der Atmosphäre (vor allem CO₂ und Methan) zu. Diese würden sich bei Nutzung nicht konventioneller fossiler Vorkommen drastisch erhöhen.

d) Soziale und wirtschaftliche Grenzen

Die Weltwirtschaft ist schon an der Schwelle bzw. steht kurz davor, ab der die steigende Nachfrage nicht mehr durch neue Forderungen gedeckt werden kann, es sei denn um den Preis der beschleunigten Erschöpfung der Reserven. Die Folge sind Preissteigerungen, die sich (mit kleineren Wellenschwankungen) nach oben bewegen. Die stetige Energiekostensteigerung verursacht zunehmend soziale und volkswirtschaftliche Probleme. Hauptbetroffene sind zunächst die Entwicklungsländer ohne eigene fossile Energievorkommen, aber die Entwicklung erfasst alle.

Fazit

Die Folgen sind umfassend, nicht zuletzt in Form internationaler Spannungen. Innenpolitisch ist in allen Importländern ein wachsender öffentlicher Druck auf eine Senkung der Energiesteuern zu erwarten, weil das auf den ersten Blick die einzige Entlastungsmöglichkeit ist, die man selbst in der Hand hat. Die Staatshaushalte könnten das nicht verkraften.

Solche Dilemmate sind nur vermeidbar durch eine umfassend angelegte Mobilisierung Erneuerbarer Energie, vor allem auf den Sektoren der Kraftstoffe und der Heizenergie, wo die Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas besonders groß ist. Die von der Union wieder verstärkte geforderte Mobilisierung der Atomkraft ist schon deshalb unsinnig, weil Strom kaum geeignet ist, die Nachfrage nach

Motorkraftstoffen und Heizstoffen zu ersetzen, es sei denn unter Inkaufnahme riesiger Effizienzverluste im Verhältnis von Primär- zur Nutzenergie. Erdöl ließe sich nur dann durch Atomkraft ersetzen, wenn mit Atomstrom Wasserstoff erzeugt würde, was aber den Bau neuer Atomkraftwerke voraussetzt und den Aufbau einer kostspieligen Wasserstoff-Infrastruktur.

2. Elemente der Strategie zur Energieunabhängigkeit

a) Eine überlegte Substitutionsstrategie zur neuen Energiesicherheit muss systematisch an den 1a) – d) aufgezeigten Grenzen ansetzen:

- Nach dem stofflichen Grenznutzen muss eine Substitution an den fossilen Energien ansetzen, die zuerst zu Ende gehen: Erdöl und Erdgas sind also vordringlich zu ersetzen.
- Nach dem politischen Kriterium der Überwindung der Energieabhängigkeit müssen zuerst die Importenergien ersetzt werden: Erdöl, Erdgas, Uran (erschöpft sich ebenfalls in etwa vier Jahrzehnten) und Importkohle.
- Nach dem ökologischen Grenznutzen müsste bei isolierter Betrachtung zuerst Kohle, dann Erdöl und Erdgas ersetzt werden – neben dem Sonderfall Atomenergie. Berücksichtigt man jedoch die ganze Lieferkette von der Förderung bis zum Endverbrauch, weil in der gesamten Kette Verluste bzw. Emissionen anfallen, so ergibt sich bei uns die Reihenfolge: Importkohle, Erdöl, Importgas.

Fazit

Für Erdöl und auch Erdgas (bei letzterem ist das bisher relativ wenigen bewusst) ist unverzüglich eine Substitutionsstrategie einzuleiten. Dafür sprechen auch soziale Gründe, weil die Kraft- und Heizstoffverteuerung alle

Bürger in der Breite betrifft, mit deutlich höheren Preissteigerungsraten als bei Strom. Sie machen auch mengenmäßig den größten Energieverbrauch aus. Das Augenmerk lag bisher vor allem auf dem Stromsektor, für den wir mit dem EEG und der (aktuell im Zusammenhang mit dem EEG verbesserten) KWK-Regelung schon über eine Substitutionsstrategie verfügen.

3. Politische Initiativen

Die einzuleitenden Initiativen müssen intelligente Finanzierungskonzepte enthalten, d.h. sie sollten möglichst nicht direkt die öffentlichen Haushalte belasten und stattdessen möglichst sogar dazu beitragen, deren Einnahmen tendenziell zu erhöhen.

- Das begriffliche Leitmotiv muss die Energieunabhängigkeit werden. Dafür müssen wesentlich stärker als bisher die Erneuerbaren Energien als heimische Energien hervorgehoben werden.
- Eine Öffentlichkeitskampagne, die darüber aufklärt, dass ein Umstieg auf Biokraftstoffe einschließlich Biogas (über die Beimischung hinaus) aufgrund der Steuerbefreiung den Kraftstoffpreis für die Bürger senkt und damit zur Kostenentlastung führt. Die Botschaft ist: Jeder hat die Chance zur Kostensenkung durch Treibstoffwechsel.
- Die bisherige begriffliche Unterscheidung zwischen Energiesteuer und Ökosteuer sollte aufgehoben werden, um den erwarteten Kampagnen gegen die Ökosteuer entgegen zu arbeiten. Der Begriff Ökosteuer ist sprachpsychologisch ambivalent, weil er „Öko“ als Belastungsfaktor wahrnehmen lässt. Die gesamte Energiesteuer sollte künftig Emissionssteuer genannt werden, um diese gegen Kampagnen zu immunisieren: Wer deren Senkung fordert, riskiert dann als bedenkenloser Dreckschleuderer wahrgenommen zu werden.

– Diese Emissionssteuer sollte sich dann auf alle Emissionen in der Energiebereitstellungskette beziehen – bei Öl von der Förderung bis zum Endverbrauch („from wells to wheels“). Diese Modifikation sollte so vorgenommen werden, dass das Gesamtaufkommen der Energiesteuer bleibt. Eine solche Modifikation könnte auch der Anlass für die Umbenennung der Energie- bzw. Ökosteuer sein damit diese nicht willkürlich erscheint.

– Dieser Systemwechsel sollte auch durch die seit dem 1.1. in Kraft befindliche Steuerbefreiung alter Biokraftstoffe erfassen oder kann damit – in Form einer Staffelung der Steuerbefreiung nach den unterschiedlichen Gestehungskosten der Biokraftstoffe erfassen. Die finanzpolitische Folge wären geringere Steuerverluste als bei pauschaler Steuerbefreiung.

– Das Instrument der Steuerbefreiung aller Biokraftstoffe muss um weitere Schritte ergänzt werden, um die Markteinführung dieser Kraftstoffe zu beschleunigen. Ansätze hierfür wären:

Die Umstellung des Kraftstoffverbrauchs des Bundes oder bundeseigener Unternehmen (Bundeswehr, Bundesbehörden, Bahn AG, Post AG) auf Biokraftstoffe in Form von Kontogutbestellungen. Das ist ohne Mehrkosten möglich, da veresteter Biodiesel und SunFuel in allen Dieselmotoren eingesetzt werden kann. Es entstünde unverzüglich ein Produktionseffekt mit zusätzlichen Arbeitsplätzen. Statt Mehrkosten für die Kraftstoffbesteller entstehen wegen der geltenden Steuerbefreiung bei ihnen Minderkosten.

– Im Bereich der Mobilität ist neben der Nutzung von Biokraftstoffen besonders der Einsatz von Elektromotoren weiter zu fördern. Durch Erneuerbare Energien entweder direkt oder über Batterien gespeiste Elektroautos, -boote, -roller oder

- leichtflugzeuge stellen effiziente und klimaneutrale Verkehrsträger vor allem über kurze Distanzen dar. Steuerliche Anreize zur Beschaffung von Elektromobilen und Batterien und erhöhte Forschungsanstrengungen zur Weiterentwicklung vor allem der Batterietechnik sind zwingend.
- Steuerliche Anreize zur Beschaffung von Hybrid-Fahrzeugen (Verbrennungs- und Elektromotor) und von Flex-Fuel-Fahrzeugen zur Beimischung von Bio-Ethanol analog zu den Erdgasfahrzeugen, was internationaler Stand der Technik ist. Dennoch ist es in Deutschland noch nicht auf dem Markt, obwohl VW ebenso wie Daimler Chrysler solche Fahrzeuge in Brasilien ohne Mehrkosten anbietet.
 - Für den Bereich der Heizenergie ist eine Mobilisierung der Solarwärmekollektoren der naheliegendste Ansatz. Die Zuwachsrate 2003 für Solarwärmekollektoren war in Deutschland 700.000 m³, gefördert durch das Marktanzreizprogramm.
- Das effektivste Instrument wäre eine baugesetzliche Vorschrift zur Installation von Solaranlagen, zumindest bei allen Neubauten und Dachrenovierungen, ersatzweise eine Mehrwertsteuerbefreiung. Mit diesem Anreizmittel von 16 % wird ein unbürokratisches Förderinstrument geschaffen. Der entgangene Mehrwertsteuereinnahme stehen höhere Steuereinnahmen durch Beschäftigungseffekte gegenüber, da der Arbeitskostenanteil bei Solarkollektoren bei 60 % liegt. Hinzukommen müsste eine Modifizierung der Mieterschutzgesetzgebung, um zu gewährleisten, dass die Kostenentlastung auch den Mietern zugutekommt. Dasselbe Instrument der Mehrwertsteuerbefreiung könnte ergänzend für Investitionen in transparente Wärmedämmung erfolgen, der innovativsten und rückstands-freien Energiesparmöglichkeit an Gebäuden. Die Umsetzung des Energieausweises für Neuvermietungen und Verkäufe von Wohnungen und Gebäuden ab 2006 ist ein wichtiger Schritt in Richtung Energieeffizienz in Gebäuden.
- Auch im Bereich des Ölverbrauchs der Chemischen Industrie muss eine Substitution eingeleitet werden. 90% ihrer Grundstoffe sind Erdöl-derivate. Ansätze zu deren Substitution durch Biomasseprodukte sollten ordnungspolitisch eingeleitet werden, etwa im Bereich der Schmieröle, der Plastik- und der Düngemittelproduktion.
 - Städte und Gemeinden sollten motiviert werden, die Solarenergienutzung zur Bauaufgabe bei Bebauungsplänen zu machen. Das neue Bundesbaugesetz erlaubt das ausdrücklich.
 - Die Vollzugskontrolle bei der Umsetzung der Energiesparverordnung muss verbessert werden.
 - Nach dem Vorbild des ZIP- Altbausanierungsprogramms sollte ein energetisches Altbausanierungsprogramm aufgelegt werden durch entsprechende Erweiterung des CO₂-Minderungsprogramms der KfW.